

Warum eskaliert Trump den Streit um Grönland? Dieses Mal wird Europa nicht einknicken

In den Hauptstädten der EU-Mitgliedsstaaten zerbrechen sich auch heute Abend viele Entscheidungsträger und Strategen ihre Köpfe über die Frage, was US-Präsident Donald Trump mit seiner Forderung, Grönland zu übernehmen, wirklich bezweckt.

Denn eins ist klar: Die Vereinigten Staaten von Amerika brauchen die größte Insel der Welt nicht. Denn sie sind ja schon da, sie haben alle Rechte, um ihre Truppen dort massiv in kürzester Zeit aufzustocken. Dänemark, Grönland, die EU und die NATO – sie alle sind bereit zu einem einvernehmlichen „Deal“ mit dem US-Partner. Und dennoch zieht Trump sein Vorhaben durch.

Ist das eigentliche Ziel vielleicht gar nicht Grönland? Geht es ihm um eine Machtdemonstration vor den Augen der ganzen Welt? Will der US-Präsident die Europäer insgesamt demütigen?

Leider ist keine der denkbaren Szenarien, so absurd sie auch scheinen, auszuschließen

Die transatlantischen Beziehungen jedenfalls stehen vor einem historischen Tiefpunkt. In nur 48 Stunden ist zwischen den Partnern jenseits des Atlantiks und Europa ein veritabler Handelskrieg ausgebrochen, der die Grundfesten der NATO erschüttert. Nach der Ankündigung massiver Strafzölle gegen acht europäische Kern-Alliierte schlägt Europa nun mit ungewohnter Härte und Einigkeit zurück.

„Allianz der Acht“: Widerstand gegen die Erpressung

In einer gemeinsamen Erklärung haben heute Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Finnland, Schweden und Norwegen den US-Präsidenten scharf zurechtgewiesen. Die Botschaft ist eindeutig: „Zolldrohungen untergraben die transatlantischen Beziehungen und bergen das Risiko einer Eskalation.“

Die Wut der Europäer gilt Trumps Versuch, den unerreichbar scheinenden Kauf Grönlands durch wirtschaftliche Daumenschrauben zu erzwingen.

Ab dem 1. Februar sollen 10 Prozent, ab Juni sogar 25 Prozent Zoll auf Waren aus diesen Ländern erhoben werden. Trump ist anscheinend verärgert über die eher symbolische Aktion einiger europäischer Staaten, kurzzeitig Soldaten nach Grönland zu verlegen. Das Weiße Haus fühlt sich durch die Mission „Arctic Endurance“ provoziert, an der auch 15 Bundeswehr-Soldaten beteiligt waren. Die sind längst auf der Rückreise, aber in Washington ist man befremdet.

Klare Kante gegen Washington

Europäische Schwergewichte wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron bezeichneten das Vorgehen Trumps als „Frontalangriff auf das Völkerrecht und die europäische Würde“. In einer leidenschaftlichen Ansprache sagte er:

„Europa ist kein Spielplatz für Immobilien-Deals des 19. Jahrhunderts. Die Souveränität Grönlands und Dänemarks ist nicht verhandelbar. Wer unsere Wirtschaft mit Strafzöllen überzieht, um Landstriche zu kaufen, handelt nicht wie ein Verbündeter, sondern wie ein Aggressor. Frankreich wird jede Maßnahme der EU zur Vergeltung unterstützen.“

Und die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, eigentlich eine der engsten Verbündeten Trumps und der USA, redete erstaunlich deutlich, obwohl Italien nicht direkt von der ersten Zollwelle betroffen ist.

Meloni:

„Die Einheit des Westens darf nicht für territoriale Ambitionen geopfert werden. Wenn die USA glauben, sie könnten europäische Nationen durch wirtschaftliche Erpressung spalten, haben sie sich geirrt. Italien steht in voller Solidarität mit Dänemark und unseren Partnern. Ein Angriff auf einen von uns ist ein Angriff auf den europäischen Binnenmarkt.“

Medien berichten am Abend, dass sich Brüssel auf den Ernstfall eines Handelskrieges vorbereitet. Das Anti-Coercion Instrument (ACI) der EU sei „scharfgeschaltet“.

Die EU bereitet danach Listen vor, die vor allem Industrien in politisch sensiblen US-Bundesstaaten treffen sollen. Von Agrarprodukten bis hin zu High-Tech-Gütern könnte der US-Exportmarkt empfindlich gestört werden. Es wird diskutiert, regulatorische Daumenschrauben für Unternehmen wie Google, Amazon und Meta anzuziehen. Und: „Wenn die USA so weiter agieren, ist es das Ende der NATO.“ Die Aufkündigung der militärischen Zusammenarbeit in der Arktis wäre ein strategisches Desaster für die USA, die dort auf europäische Infrastruktur angewiesen sind.

Die Karten für Europa sind nicht schlecht

Der Zeitpunkt dieses Konflikts könnte allerdings nicht ungünstiger sein. In Moskau wird der Krimsekt im Kreml sprudeln, und Wladimir Putin kommt abends wahrscheinlich vor Lachen nicht in den Schlaf, wenn er westliche Nachrichtensendungen verfolgt.

Hinzu kommt – wenig im Blick der Öffentlichkeit – das jüngst beschlossene Mercosur-Abkommen der südamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, die 1991 von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gegründet wurde. Ziel ist der Freihandel zwischen den Mitgliedsstaaten und jetzt auch den EU-Staaten. Ein fetter Deal im amerikanischen Hinterhof, ohne Uncle Sam zu fragen. Nun, das wird Donald Trump nicht gefallen. Und es ist ein weiterer Pluspunkt für die Europäer.

Während Trump auf seinem Kanal Truth Social behauptet, der Kauf Grönlands sei für die nationale Sicherheit der USA alternativlos, zeigt sich Europa derzeit so geschlossen wie selten zuvor. Der 1. Februar 2026 wird zum Schicksalstag: Entweder lenkt Washington ein, oder der Westen schlittert in einen Grabenkrieg, der weit über Handelsbilanzen hinausgeht.

GASTSPIELT Prof. Dr. JÖRG MEUTHEN: Die Handelskrise als Chance nutzen - Freihandel statt Zollkrieg!

Und nun? Global sind Staatenlenker erschüttert nach Donald Trumps Rosengarten-Rede, die Börsen weltweit auf Talfahrt, die versammelte Ökonomenzunft alarmiert wie selten. Was der US-Präsident da am Mittwoch an zollpolitischen Maßnahmen angekündigt hat, ist kein Kleinkram, sondern hat das Zeug zum Beginn eines veritablen Handelskrieges mit noch unabsehbaren Folgen für den weltweiten Austausch von Gütern und Dienstleistungen. Die Zeichen stehen auf Protektionismus statt Freihandel, mit allen heftigen unliebsamen Folgen, die das zwangsläufig mit sich bringt.

Wie sollte die EU nun auf die Ankündigungen Trumps vernünftigerweise reagieren?

Sollte sie flugs zum Gegenschlag ausholen? Die eigenen Zollmauern für US-Produkte noch höher bauen, als sie – was hierzulande nur zu gerne übersehen wird – ohnedies schon sind? Andere nicht-tarifäre Daumenschrauben, derer gibt es so einige, weiter anziehen?

Hört man in diesen Tagen europäische und deutsche Politiker, exemplarisch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen oder auch den Noch-Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, gehen offenbar alle Überlegungen in diese Richtung. Wie immer natürlich eifrigst flankiert von den üblichen Medienvertretern, die zum handelspolitischen Gegenschlag gegen den bösen US-Buben Trump auszuholen fast unisono fordern.

So einfach, so naheliegend, so schlicht

Und so dumm! Oh nein, genau das sollte jetzt eben NICHT geschehen. Sondern das genaue Gegenteil sollte man stattdessen tun: Nämlich ALLE Zölle für US-Güter per sofort auf Null setzen, und weitere nichttarifäre Handelshemmnisse wo immer kurzfristig möglich abbauen, statt sie weiter anzuziehen.

Die Handelskrise als Chance nutzen und das maximal offensiv in die USA kommunizieren, das wäre das richtige Mittel der Wahl. Und zugleich ankündigen, dass wenn Trump nun nicht im Gegenzug kurzfristig Gleiches liefert – Zölle für EU-Importe in die USA ebenfalls runter auf Null –, die EU binnen Jahresende die Zölle auf US-Produkte dann gezwungenermaßen wieder hochfahren wird.

Was dann geschehen wird? Nun, Trump wird dann seinerseits liefern und den begonnenen Handelskonflikt mit der EU beenden müssen, kaum dass er begonnen hat. Muss er, und wird er dann auch. Schon aus schierem Eigeninteresse.

Denn an klugen Beratern, die ihm vermitteln, dass es seinem eigenen Land mit der Etablierung von

Freihandel zwischen den USA und der EU deutlich besser ergehen wird als mit einer dauerhaften Hochzollpolitik, wird es ihm gewiss nicht mangeln. Statt eines fest etablierten Handelskonflikts mit lauter verlierenden Nationen könnte es so erstmals eine wirkliche Durchsetzung von Freihandel zwischen der EU und den USA geben (frühere Chancen verstrichen bekanntermaßen ungenutzt).

Mit dem Resultat einer Win-win-Situation für alle Beteiligten, mit einem gewaltigen Schub für weiteres Wachstum, Wohlstand und Prosperität hüben wie drüben. Angestoßen von einer überraschend, zugleich besonnen und klug reagierenden Europäischen Union. DAS allein wäre die unerwartete, aber richtige Reaktion Europas auf Trumps Ankündigungen, die im Falle ihrer Umsetzung nichts als Verlierer hervorbringen wird.

Warum nur bin ich mir sehr sicher, dass man in Brüssel aber das exakte Gegenteil dessen tun und den Handelskrieg zum Schaden aller – und mit großem Pathos wie immer – annehmen wird? Ich wünschte, ich würde mich darin täuschen, und die EU einmal durch wirklich vernünftiges Verhalten überzeugen. Aber das wird wohl mein freiheitlicher Wunsch bleiben...

Die Zeit der weißen alten Männer ist vorbei? Von den Donald Trump-Sommerfestspielen

Das Zeitalter der alten weißen Männer ist noch lange nicht vorüber. Das bewiesen in dieser Woche ausgerechnet der amerikanische Präsident Donald Trump und der Präsident der EU-Kommission Jean-Claude Juncker.

Die USA – nur zur Erinnerung: die mit Abstand nach wie vor stärkste Volkswirtschaft der Welt – drohte zuletzt immer wieder, die europäischen Ländern mit Strafzöllen zu belegen. Und nicht nur die europäischen. Wenn China Waren in die USA liefert, argumentiert Trump, kassieren wir dafür einen Aufschlag von 2,5 Prozent. Amerikanische Waren, die in China gehandelt werden, belegt man mit 25 Prozent Zollaufschlag. Kaum zu fassen, dass die Amis das so lange mitgemacht haben.

Beispiel Nato. Die USA geben vier Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für die Verteidigung aus, Deutschland 1,2. „Wir verteidigen Europa, und sie machen es sich bequem“, wiederholt Trump unermüdlich. Und, was soll ich sagen, er hat doch absolut recht.

Ich bin fasziniert, wie der frühere New Yorker Immobilienhai nahezu jede Woche im Amt des mächtigsten Mannes der Welt an seiner Aufgabe wächst.

Vergangene Nacht habe ich eine kompletter Rede Trumps vor Stahlarbeitern in Granite City in Illinois angesehen. Hier wurde früher Stahl für den amerikanischen Markt produziert. Dann war Schluss, Stahl importieren schien die Zukunft zu sein. Hunderte Arbeiter verloren ihre Jobs. Nun stand der Präsident

hier in einer Halle und ließ sich dafür feiern, weil genau dieses Stahlwerk wieder in Betrieb genommen wird. „America first“, wiederholt der Mann unermüdlich. Und: Er habe gar nichts dagegen, wenn andere Staatschefs auch ihr eigenes Land an erste Stelle setzen. Und wenn man dann miteinander konkurriere – allerdings unter fairen Bedingungen.

Es war perfekt inszeniert, wie es wohl nur Amis können...oder der Vatikan... Stahlarbeiter – auch Frauen – kamen auf die Bühne zum mächtigsten Mann der Welt, um ihm zu danken, dass sie wieder einen Arbeitsplatz haben und ihre Familie ernähren können. „Thank you, Mr. President“ und einigen kamen die Tränen bei diesen Worten.

Wer verstehen will, was derzeit in den Vereinigten Staaten passiert, der muss Trumps Sommertour verfolgen, wo er – ungefiltert von Fake News, wie der Präsident die etablierten Medien insgesamt inzwischen unisono bezeichnet – sich direkt an sein Volk wendet.

Der von Medien und politischem Establishment in Washington ungeliebte Präsident hat seine Rolle gefunden. Er erklärt der Hausfrau, dem Stahlarbeiter, dem kleinen Angestellten – „great people“ – direkt seine Sicht der Dinge. Auch in der Weltpolitik.

Die USA seien von vielen Ländern ausgeplündert worden. Ausdrücklich nennt er in diesem Zusammenhang China, bezeichnet dessen Staatschef aber als seinen Freund... „great man“.

Trump erzählt in Illinois auch über die Nordkorea-Krise. Bei der Amtsübernahme habe ihn sein Vorgänger Obama informiert, dass da ein ernstes Problem bestehe und man sich vorbereiten müsse, Krieg gegen den Schurkenstaat zu führen, der Atomwaffen baut. Trump fragte: „Haben wir mit dem Mann mal gesprochen?“ und erntete dafür nur ein Kopfschütteln.

Es ist irgendwie skurril, dass Trump genau das tut, was Linke immer empfehlen. Verhandeln statt Krieg zu führen – und dafür von genau den gleichen Leuten massiv beschimpft wird. Stellen wir uns vor, Obama hätte sich mit Kim Jong Un getroffen, und der hätte anschließend sein Atomwaffentestgelände selbst zerstören lassen. Bis heute würden die globalen Jubelchöre in unseren Ohren klingen.

Mit dem Handel zwischen USA und Europa ist es genauso. Ein Handelskrieg drohe, hörten wir über Monate. Die deutsche Automobilindustrie – zur Erinnerung: das Rückgrat unseres Wohlstandes – werde massiv mit Strafzöllen belegt. Und was passiert? Der amerikanische Präsident – nach Lesart des Mainstreams ein tumber Großkotz ohne diplomatisches Gespür – und der EU-Ratspräsident – nach Lesart der EU-Verächter ein versoffener Zyniker mit mangelndem Demokratieverständnis – reden miteinander und vereinbaren, die gegenseitigen Zölle nahezu auf null runter zu schrauben. Importbeschränkungen, Subventionen und Handelsbarrieren zwischen den beiden stärksten Wirtschaftsnationen der Welt sollen deutlich reduziert werden. Details handeln Fachleute aus. So geht Politik, meine Freunde! Klasse gemacht von den beiden weißen alten Männern.